

++ Argumente ++ Daten ++ Fakten ++ Argumente ++ Daten ++ Fakten ++ Argumente ++ Daten



Wolfgang Drexler
Fraktionsvorsitzender

"Nicht akzeptabel sind auch die Kürzungen im Sozialhaushalt, z.B. bei der Suchthilfe, der ambulanten Altenbetreuung oder beim Landesfamilienpass. Auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Problemgruppen des Arbeitsmarktes vermisst der DGB."

Rainer Bliesener,
Landesvorsitzender des DGB

"Kürzungen des Landes bei ambulanten Diensten - Preise drohen massiv zu steigen...Das DRK warnt nun eindringlich vor den Auswirkungen für die soziale Infrastruktur des Landes und vor den Folgen für die bisher gute und bezahlbare ambulante Versorgung durch den Wegfall dieses relativ kleinen Haushaltstitels."

Dr. Lorenz Menz und Jochen Glaeser, Präsidenten der DRK-Landesverbände Baden und Baden-Württemberg

"Landesmittel für sozialpsychiatrische Dienste nicht kürzen! Kernaufgabe in Gefahr.... Die Folge dieser Kürzung wird sein, dass die sozialpsychiatrischen Dienste in den Stadt- und Landkreisen eingeschränkt werden. Vermehrte Klinikaufenthalte, die ein Mehrfaches an Mittel erforderten - allerdings von einem anderen Kostenträger finanziert - sind die weitere Konsequenz. So kann man keine zukunftsfähige Sozialpolitik betreiben."

Minister a.D. Walter Hirrlinger,
Bundes- und Landesvorsitzender
des Sozialverbands VdK

Soziale Infrastruktur erhalten und gleiche Bildungschancen für alle sichern

Menschen, die ohne persönliche Schuld in eine Notlage geraten, müssen sich auf die Solidarität der Gemeinschaft verlassen können. Nur Millionäre können auf den Sozialstaat pfeifen. Die breiten Schichten unserer Bevölkerung sind auf eine intakte soziale Infrastruktur angewiesen. Die SPD in Baden-Württemberg steht für soziale Gerechtigkeit. Ministerpräsident Teufel sieht sich zwar gerne als Vorkämpfer der kleinen Leute. Seine Regierung reißt aber schon seit Jahren immer schlimmere Löcher ins soziale Netz des Landes. Soziale Gerechtigkeit hat heute viel mit Gleichheit der Bildungschancen zu tun. Auch hier hat Baden-Württemberg erheblichen Nachholbedarf. Die SPD will Kindergärten und Schulen so gestalten, dass nicht die soziale Herkunft darüber entscheidet, ob ein junger Mensch eine gute Berufsperspektive hat oder nicht.

Schon seit Jahren müssen Wohlfahrtsverbände, Beschäftigungsprojekte und Selbsthilfegruppen im Land einschneidende Kürzungen bei den Fördermitteln für soziale Maßnahmen hinnehmen. Auch im Landshaushalt 2004 stecken wieder jede Menge soziale Grausamkeiten: Aus der Förderung der Bahnhofsmissionen steigt das Land ganz aus. Die Fördermittel für die Nachbarschaftshilfen und für die Mobilen Sozialen Dienste für Pflegebedürftige wurden halbiert. Die Gelder für die Arbeitsmarktpolitik sind auf einen nur noch symbolischen Betrag in Höhe von 800.000 Euro zusammengeschrumpft.

CDU/FDP-Landesregierung kürzt im sozialen Bereich schon seit Jahren

Diese Kürzungen sind kein einmaliger Vorgang. Bereits in den Vorjahren wurden die Haushaltssmittel des Landes im sozialen Bereich drastisch herunter gefahren. Die bittere Wahrheit lautet: Seit dem Regierungsantritt der Regierung Teufel/Döring im Jahre 1996 hat sich das Land Schritt für Schritt immer weiter aus der Förderung von sozialen Hilfs- und Beratungsangeboten zurückgezogen. Die Leidtragenden dieser Entwicklung waren zunächst die Betroffenen, also zum Beispiel Langzeitarbeitslose oder pflegebedürftige ältere Menschen. Aber auch die Kommunen bekamen den Rückzug der Landesregierung aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung schmerhaft zu spüren. Denn an Landkreisen, Städten und Gemeinden blieb zunehmend die Rolle eines Ausfallbürgen bei sozialen Problemlagen hängen.

Die Kürzungen führen vielerorts zur Schließung von Hilfs- und Beratungsangeboten. Schätzungen der Liga der freien Wohlfahrtspflege zufolge waren allein von den im Jahr 2003 vorgenommenen Haushaltsskürzungen rund 800 Stellen in verschiedenen Hilfs- und Beratungsdiensten für sozial Schwache betroffen.

Eigenständige Arbeitsmarktpolitik des Landes findet nicht mehr statt

Seit Anfang der neunziger Jahre waren die beiden Förderprogramme "Jugend-Arbeit-Zukunft" und "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" wesentlicher Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik des Landes. Insbesondere junge Arbeitslose bis 25 Jahre sowie Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitslose waren Nutznießer der Programme. Noch im Jahr 2000 wurden im Rahmen des Programms "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" in 78 Projekten Beschäftigungsmöglichkeiten für rund 1.900 Langzeitarbeitslose geschaffen. Im Programm "Jugend-Arbeit-Zukunft" fanden in 184 Projekten rund 3.800 Jugendliche eine Beschäftigung. Im Jahre 2004 ist davon nicht mehr viel übrig geblieben. Seit 1996 wurden die Haushaltssmittel für diese Förderprogramme ständig gekürzt.



Das Programm "Arbeit und Zukunft für Langzeitarbeitslose" wurde im Jahr 2003 ganz eingestellt. Vom Programm "Jugend-Arbeit-Zukunft" ist nur noch die Förderung des Berufspraktischen Jahres übrig geblieben.

**Landtags-
Fraktion**



**Baden-
Württemberg**

SPD

Angesichts der Probleme auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt ist dieser Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik unverantwortlich. Seit zwei Jahren nimmt die Langzeitarbeitslosigkeit im Land wieder stark zu. Baden-Württemberg hat im Bundesländervergleich bei dieser Gruppe mit die höchsten Zuwachsralten. Die SPD wollte deshalb bei den Haushaltsberatungen 2004 mehr Geld für die Arbeitsmarktpolitik. Leider wurde der Antrag von CDU und FDP abgeschmettert.

Riesige Löcher bei ambulanten Hilfen für pflegebedürftige ältere Menschen

Angesichts des demografischen Wandels und einer steigenden Zahl von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen müssen Angebote im Vor- und Umfeld der Pflege verbessert werden. Nachbarschaftliche Netzwerke und bürgerschaftliches Engagement gilt es zu fördern. Den ambulanten Sektor müssen wir ausbauen. Besonders wichtig sind Hilfsangebote, die bereits greifen, bevor Pflegebedürftigkeit entsteht. Sie können dazu beitragen, ein eigenständiges Leben weiter zu ermöglichen und helfen, Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich zu vermeiden.

Die von SPD-Sozialministerin Helga Solinger in der Großen Koalition 1992-1996 durchgesetzten Fördermaßnahmen verfolgten deshalb das Ziel, ein differenziertes Netz von sozialen Diensten sicherzustellen. 1996 standen im Landshaushalt noch 10,5 Mio. Euro für Maßnahmen im Vorfeld und Umfeld der Pflege zur Verfügung. Im Jahr 2004 sind es nur noch 2,7 Mio. Euro. Der größte Einschnitt erfolgte bereits 1997.



Damals wurde die Landesförderung der Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen (IAV-Stellen), ein Herzstück der ambulanten Hilfen, eingeschüttet. Aufgabe dieser IAV-Stellen war es, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu beraten und zu unterstützen. Es war ein schwerer Fehler, dass die Landesregierung den Geldhahn für die IAV-Stellen abdrehte.

Das Land kürzt und kürzt immer weiter: Sozialpsychiatrische Dienste vor dem Aus?
Chronisch psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen benötigen noch mehr als akut psychisch kranke Men-

schen eine ambulante Grundversorgung, die ihnen hilft, Krisensituationen zu bewältigen und die soziale Eingliederung zu schaffen. In Baden-Württemberg wird diese Aufgabe seit vielen Jahren erfolgreich von den sozialpsychiatrischen Diensten wahrgenommen. Seit 1986 wurde ein flächendeckendes Netz von insgesamt rund 60 dieser verdienstvollen Einrichtungen aufgebaut.

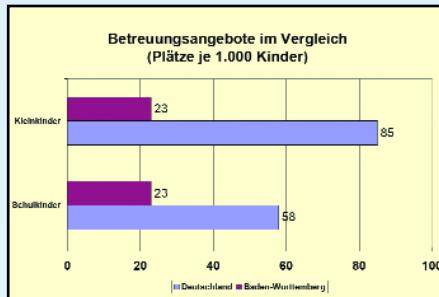
Doch die Landesregierung verabschiedet sich einigen Jahren schrittweise aus der finanziellen Unterstützung der sozialpsychiatrischen Dienste. Im Nachtragshaushalt 2003 hat sie die Landeszuschüsse um die Hälfte gekappt.



Seitdem bekommen die Dienste nur noch Mittel in Höhe von 2,1 Millionen Euro. So wie die Landesregierung sich bislang verhalten hat, steht zu befürchten, dass bei künftigen Haushaltsberatungen auch diese Gelder auf der Kippe stehen. Die Existenz der sozialpsychiatrischen Dienste hängt schon jetzt an einem seidenen Faden.

Baden-Württemberg bei Kinderbetreuung und Ganztageesschulen nur Mittelmaß

Auch in der Bildungs- und Familienpolitik lässt die CDU/FDP-Landesregierung soziale Gerechtigkeit vermissen. Soziale Auslese und Verharren in alten Strukturen sind trotz der Einsichten von PISA immer noch an der Tagesordnung. Baden-Württemberg belegt bei der Kinderbetreuung weiterhin einen der letzten Plätze. Das haben aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamts bestätigt. Die Beschönigungsversuche der Landesregierung sind damit wie eine Seifenblase zerplatzt.



Um allen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, muss Baden-Württemberg seine Ganztagesplätze in Krippen, Horten, Kindergärten und Schulen massiv ausbauen. Das der-

zeitige Kindergartengesetz reicht nicht aus, weil das Land die Kommunen finanziell im Regen stehen lässt. Und ohne das Investitionsprogramm der Bundesregierung sähe es auch bei den Ganztagesangeboten für Schulkinder weiterhin düster aus. Baden-Württemberg muss eine Offensive für mehr Ganztagesangebote für Kleinkinder und für Schulkinder starten. Für den Haushalt 2004 hat die SPD insgesamt 12,0 Mio. Euro zusätzlich für den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen beantragt und seriös finanziert.

Bildung entscheidet maßgeblich über Lebenschancen jedes Einzelnen

Unsere Schülerinnen und Schüler brauchen überdies längere gemeinsame Lernzeiten. Die SPD will deshalb die 6jährige Grundschule einführen. Wichtig ist aber auch eine konsequente Sprachförderung schon im Vorschulalter. Bildung entscheidet maßgeblich über die Lebenschancen jedes Einzelnen. Deshalb muss jeder Mensch die Möglichkeit haben, unabhängig von seiner Herkunft und unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern alle Bildungschancen wahrzunehmen. Soziale Auslese ist ungerecht und wirtschaftlich schädlich. Chancengleichheit und Leistungsorientierung gehören für die SPD in der Bildungsreform zusammen.

Ausführliche Informationen zu den hier angesprochenen Themen finden Sie in Nr. 36 (Teufels Einschnitte ins soziale Netz) und Nr. 31 (Ein Jahr nach PISA: Besser früh investieren als später reparieren) unserer Schriftenreihe "Standpunkt", die sie kostenlos anfordern können. Alle Dokumente gibt es auch als PDF-Datei auf unserer Homepage: www.spd.landtag-bw.de

Herausgeber:

SPD-Landtagsfraktion
Konrad-Adenauer-Straße 12 70173 Stuttgart
Telefon 07 11/20 63-7 11/7 28
Telefax 07 11/20 63-7 10/7 14
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

Verantwortlich: Matthias Klopfer

Redaktion: Martin Mendl

Gestaltung: Werbeagentur KNOW-HOW

April 2004

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Parteien dürfen sie nicht als Wahlwerbung verwenden.

Landtags-Fraktion



Baden-Württemberg

SPD